4	Anträge der Fraktion Freie Bürger vom 10.06.2003 und 30.06.2003 betr. Unterrichtung über den aktuellen Sachstand zum Gewerbegebiet Altebach II

Bürgermeister Patt geht auf die beiden Schreiben der Fraktion Freie Bürger ein. Einer Information der Bevölkerung stehe er grundsätzlich offen gegenüber, jedoch müsse der neue Sachstand abgewartet werden. Einschließlich der Entscheidung des Regionalrates sei das gesamte Verfahren bisher im demokratischen Prozess abgelaufen. Das Ergebnis werde nun in den Verordnungsentwurf der Landesregierung zum Teilentwicklungsplan Bonn einfließen. Diesen gebe es aber noch nicht, da noch nicht alle Stellungnahmen der Fachbehörden vorlägen. Wenn der Plan Änderungen gegenüber der ursprünglichen Beschlussfassung vorsehen würde, erfolge wieder eine Anhörung im Regionalrat. Dieser könne dann erneut beraten oder den Entwurf akzeptieren. Erst wenn das Ergebnis klar sei, könne man die Bürger informieren. Beim jetzigen Kenntnisstand mache dies keinen Sinn.

Herr Mann bestätigt, dass die vom Bürgermeister vorgetragene Aussage im Vorfeld besprochen wurde. Insofern solle man das Thema zunächst zurückstellen.

Herr Mann geht auf das zweite Schreiben seiner Fraktion ein. Die im Vortrag des Bürgermeisters bei der Volksbank im Juni getätigte Aussage zur Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze und der Vermarktung von Gewerbeflächen sei weiter erklärungsbedürftig. Außerdem sei ihm unklar. wie die Weitervermietung von Gewerbeflächen an Dritte möglich sei.

Der Bürgermeister stellt zunächst klar, dass sich der Vortrag bei der Volksbank im wesentlichen auf die Entwicklung in Eitorf insgesamt und nicht nur auf den Bereich Altebach bezogen hat. Der Strukturwandel in allen Bereichen sei dargelegt worden. Im Saldo habe man Arbeitsplätze verloren. Richtig sei, dass er im Oktober 2000 veröffentlicht habe, dass in Altebach und dem Gewerbegebiet Ost ca. 360 Dauerarbeitsplätze eingerichtet wurden und weitere 80 zu erwarten seien, in Summe also 440. Diese Aussage habe sich auf den Bereich Eitorf-Ost (RWE bis zur Forster Straße) bezogen. Hier habe man in den letzten 10 Jahren eine gute Entwicklung verzeichnen können. Die Entwicklungsgesellschaft sei sehr aktiv gewesen. Verschiedene Firmen hätten dort Arbeitsplätze in erheblicher Zahl geschaffen. Auch im Bereich Altebach I sei die Entwicklung positiv. Wenn damals von weiteren 80 Arbeitsplätzen ausgegangen worden ist, seien hierin auch die 30 des geplanten Sägewerkes enthalten gewesen. Die Ansiedlung des Betriebes war konkret vorgesehen. Das habe aber im letzten Moment nicht geklappt.

Der Bürgermeister geht weiter auf die Aussage von Herrn Mann ein, in gut zweieinhalb Jahren seien lediglich 60 Arbeitsplätze geschaffen worden (Differenz von Oktober 2000 bis zum Sommer 2003).
Diese Zahl, so der Bürgermeister, müsse relativiert werden. So könne man die Anzahl einerseits „klein reden“, anderseits aber auch froh sein, dass nun diese 60 Arbeitsplätze vorhanden seien. Eine besondere Schwierigkeit bestehe darin, genau zu beziffern, wie viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. So spiele hierbei die Verlagerung von Betrieben ebenso eine große Rolle wie die Fluktuation in den Betrieben.

Mit der Bereitstellung von Gewerbeflächen müsse man den Betrieben die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln. Andernfalls habe man eine Situation wie vor Jahrzehnten, als Betriebe Eitorf in florierender Industrielandschaft wegen fehlender Flächen verlassen hätten. 71 Vermarktungen seien inzwischen durchgeführt worden. Eine Reihe von Bauanträgen lägen schon genehmigt vor. Nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Situation würde zunächst abgewartet.

Unter Berücksichtigung der zur Verfügung gestellten Grundflächen hält Herr Mann die Anzahl der entstehenden Arbeitsplätze für nicht effektiv. So fragt er, wie viel qm pro Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt würden.

Es sei der Wunsch aller, so erklärt der Bürgermeister, Firmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen, guter Bezahlung und optimaler Gebäudegestaltung anzusiedeln. Man dürfe aber nicht vergessen, dass sich Eitorf in der peripherer Lage befinde und Nachteile gegenüber anderen Standorten habe. Selbst Hennef mit direkter Anbindung an die Autobahn habe in Bezug auf das Gewerbegebiet Hossenberg Lehrgeld zahlen müssen. So seien strenge Gestaltungsrichtlinien wieder aufgehoben worden, weil die Ansiedlung der Firmen sonst zunehmend schwerer werde.

Schließlich nimmt der Bürgermeister Stellung zu der Frage von Herrn Mann nach Drittvermietung von Gewerbeflächen.

So sei immer wieder zu beobachten, dass Firmen sich bei der Suche nach Gewerbeflächen auf ein zukunftsgerichtetes ausreichendes Raumangebot ausrichten würden. In der Überbrückungsphase sei daher die vorübergehende Weitervermietung von Flächen nicht zu beanstanden. Spekulationsgeschäfte hingegen seien nicht zu dulden. So beinhalteten alle Kaufverträge der Entwicklungsgesellschaft eine Rückkaufoption.

Sonstige Wortmeldungen ergeben sich nicht.